

seinem Neutralitätsstandpunkt aus recht. Man kann nicht verlangen, daß sich neutrale Gewerkschaften als Körperschaften an den politischen Kämpfen der Sozialdemokratie beteiligen. Wir sind zwar anderer Meinung, wir wollen aber auch die Gewerkschaften nicht im Sinne v. Elms neutralisieren. Wir haben es geradezu für eine Notwendigkeit gehalten, daß sich der Gewerkschaftskongreß mit dem Massenstreit beschäftigte, und er konnte unserer Meinung nach gar keinen anderen Besluß fassen. Ja, wir sind sogar der Überzeugung, daß sowohl der Besluß der Gewerkschaftsvorstände, den Massenstreit auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen, als auch die Beslußfassung des Kongresses selbst ehemal sozialistischem Geiste entsprungen sind. Nicht auf Gleichgültigkeit und Mangel an Idealen und auf Fatalismus gegenüber Attentaten auf politische Freiheiten ist der Besluß zurückzuführen, sondern auf die Überzeugung von der Notwendigkeit der einheitlichen (gewerkschaftlichen und politischen) Arbeiterbewegung, allerdings auch auf die nicht unberechtigte Besorgnis, daß Parteigenossen, die wir in diesem Falle als gute Menschen aber schlechte Musilanten bezeichnen müssen, mit dem Massenstreit Mißbrauch treiben könnten.

Verweilen wir einen Augenblick bei dem politischen Massenstreit. Vor dem Amsterdamer Kongress war diese Bezeichnung unbekannt, und die Generalstreitsidee hatte in der deutschen Sozialdemokratie fast gar keine Anhänger. Der Amsterdamer Kongress hat der Idee des politischen Massenstreits einige Konzessionen gemacht und ihn als ein Mittel bezeichnet, das unter gewissen Umständen wirksam benutzt werden kann. Als Voraussetzung für das Gelingen eines solchen Massenstreits stellte der Kongress die Forderrung auf, daß die genossenschaftlichen, gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen im Sinne der Sozialdemokratie aufs beste ausgebaut sein müßten. Von einem Studieren und Diskutieren, oder gar Propagieren des politischen Massenstreits hat der Kongress gar nichts wissen wollen; in den Kommissionsverhandlungen sind dahingehende Anträge französischer Parteigenossen auf das schärfste zurückgewiesen worden.

Auf Grund der Amsterdamer Resolution könnte eine Diskussion des politischen Massen- oder Generalstreits eigentlich gar nicht stattfinden. Wer die Organisationsverhältnisse kennt — und das sollte man von jedem verlangen, der über den Streit reden will —, der muß doch, will er nicht lediglich Phantasiegebilden nachjagen, ohne weiteres anerkennen, daß für das Gelingen eines solchen Streits jede Vorbereitung fehlt, und daß auch auf Jahre hinaus diese Vorbereitung nicht gegeben sein wird. Das ist tiefbedauerlich, aber durch die Diskussion über den Massenstreit wird dieser Zustand nicht geändert, dadurch stärkt man nicht die Organisationen. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß unserer Meinung nach die Befürworter der Diskussion und Propaganda des Massenstreits die Resolution des Amsterdamer Kongresses mit Füßen treten und daß sie ein gefährliches Spiel treiben. Als einen Ausfluß sozialistischen Geistes vermögen wir die jetzt beliebte Diskussion nicht anzusehen, wohl aber zeugt sie von der Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse und taktischem Ungeschick.

Wer der Amsterdamer Resolution gerecht werden will, der soll von dem politischen Massenstreit schweigen und dafür mit Energie und Ausdauer an der Ausbreitung und Stärkung der Organisation auf den drei genannten Gebieten arbeiten. Wer das tut, ist der beste Förderer des politischen Massenstreits, dem kommt auch nie der sozialistische Geist abhanden. Nichts anderes hat auch der Cölner Gewerkschaftskongreß ausgesprochen: die Arbeiter sollen für alle Kämpfe gewappnet sein, über das Wie ist von Fall zu Fall zu entscheiden.

Um diese Aufgabe erfüllen zu können, brauchen die Gewerkschaften allerding Ruhe. Freilich keine Ruhe, um sich behaglich in dem „Sumpfe“ zu betten, der sich nach der Meinung verschiedener Genossen aus dem Streben nach längerer Arbeitszeit und höheren Löhnen ergibt, sondern Ruhe vor den Generalstreitdiskussionen und vor den „Rettern des sozialistischen Geistes“, die bald hier, bald dort mästeln und nötigen, bald die Grenzen der Gewerkschaften absiedeln, bald ihnen jede Bedeutung absprechen.

Geistliche und Arbeiterorganisation. Kritik und Antikritik.

II.

Aus den im vorigen Artikel mitgeteilten Darlegungen des Pfarrers Schowalter geht her vor, daß dieser Herr die Notwendigkeit der Arbeiterorganisation anerkennt. Das ist an sich nicht gering zu lächeln in An betracht der Tatsache, daß es noch so viele Mitglieder der herrschenden Stände und Klassen gibt, die die Notwendigkeit leugnen. Aber in ihrer Anerkennung allein begreift sich nicht ihre vollkommenen und richtig Würdigung. Es kommt darauf an, unter welchen Geistigenpunkten, unter welchen Voraussetzungen man diese Notwendigkeit gelten läßt. Die Gründer und Berater der christlichen Arbeiterorganisation sind entweder ehrlich

oder vorgeblich überzeugt, die Arbeiterorganisation könne nur dann einem berechtigten Zweck dienen, wenn sie sich nicht zu einer Kampforganisation im eigentlichen Sinne des Wortes ausgestalte, vielmehr wie ja auch Herr Pfarrer Schowalter sagt, dazu diene, ein „daurend friedliches Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern“ herbeizuführen. Wir glauben, daß das die ehrliche Überzeugung dieser Herren ist. Aber sie ist eine höchstens ethisch irrtümliche. Niemals ist die Arbeiterorganisation das gewesen, niemals sollte sie das sein und niemals wird sie das sein können, wie sie nach diesem Artikel sein sollte; denn sie stetig verschärfende Interessenkonflikte zwischen Kapital und Arbeit weist der Arbeiterorganisation nur den Charakter der Kampforganisation zu, womit selbstverständlich gesetzt ist, daß vertragliche Abmachungen zwischen Arbeiterorganisation und Unternehmerkolation ausgeschlossen sind. Im Gegenteil: Jahrzehnte hindurch hat sich überall in England wie in Deutschland und anderswo die gewerkschaftliche Vereinigung der Arbeiter als Kampforganisation erst bewähren müssen, einmal, um die rechtliche Sanktion der Koalitionsfreiheit, resp. deren gesetzliche Sicherstellung zu erringen, den legalen Boden zu schaffen, auf dem sie sich betätigen kann — und sodann um das Unternehmerium zu zwingen, sie als gleichberechtigten wirtschaftlichen Faktor anzuerkennen. Und noch ist, besonders in Deutschland, dieser Kampf nicht abgeschlossen. Es trifft sich gut, daß wir im Beitrag des vorigen Nummers unseres Blattes die in ein neues Stadium getretene Frage der Anerkennung der Arbeiterorganisation als Kampforganisation durch das Unternehmensrecht behandelt haben. Wir haben da die wichtige Tatsache zu berücksichtigen gehabt, daß das der Arbeiterorganisation seither feindlichste, in den Arbeitgeber-Verbänden isolierte Unternehmer-Element anfängt, abzulassen von der völlig unmittelbaren „Harmonie-Theorie“ und die Arbeiterorganisation nach wirtschaftlichem Kriegsrecht anzuerkennen. Lebrigens wird dem Herrn Pfarrer Schowalter nicht unbelastet geblieben sein, daß in den letzten Jahren auch die christlichen Gewerkschaften in ihrer durch den Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmten Entwicklung aus der Erfahrung heraus, mehr und mehr dazu gelangt sind, die ihnen bei ihrer Entstehung zu grunde gelegte Theorie von der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ preiszugeben und ihre Ausgestaltung als Kampforganisation anzustreben. Schon allein der Hinblick auf diese Tatsache und ihre objektive Wirkung sollte die Berater der christlichen Gewerkschaften doch nun endlich davon zurückhalten, immer wieder aufs neue mit der Harmonie-Theorie zu kommen, die utopische Idee eines dauernd friedlichen Verhältnisses zwischen Arbeiter und Unternehmern auszuspinnen. Ist es denn wirklich so schwer einzusehen, daß sich der permanente Krieg zwischen Arbeit und Kapital mit zweifellosen Vorteilen für beide Seiten rückt? Und vor allem, der Begriff der Toleranz geht nicht so weit, daß man sich den Missbrauch religiöser Überzeugung gegen berechtigte Interessen gefallen lassen möchte. Mit welchem Recht steht man — und zwar selbst dann, wo es sich um wirtschaftliche Fragen handelt — die religiöse Überzeugung über jede andere, obwohl doch gerade sie stets die am meisten streitige Überzeugung gewesen ist? Ist es denn unsere Schuld, haben wir es zu verantworten, daß in die wirtschaftlichen Kämpfe der theologische Gesichtspunkt und das kirchliche Interesse hineingelegt worden sind? Wir sagen den sozialdemokratischen Arbeitern nicht: „Ihr tönen Schaden nehmen an Eurer Überzeugung, wenn Ihr mit christlichen Arbeitern gemeinsam Eure wirtschaftlichen und sozialen Interessen wahrt.“ Aber Geistliche belehren den Kanzel, im Beichtstuhl, in ihren Schriften u. s. w. die christlichen Arbeiter dahin, daß sie sich einer schweren Sünde wider Gott und die Religion“ schuldig machen, wenn sie in einem Kampfbündnis mit den „gottlosen“ Sozialdemokraten eingehen. Und wenn wir gegen solchen Unzug Stellung nehmen, fragt man uns an, daß wir die religiöse Überzeugung mißachten! *

Und an diesem Charakter kann auch die sozialpolitische Gesetzegebung nichts ändern; würde man die reaktionäre Unfließigkeit begehen, der Arbeiterklasse eine gesetzliche Zwangorganisation zu geben, so würde auch diese Kampforganisation sein, vorausgesetzt, daß die Arbeiter sie anerlernen würden, was sicher nicht der Fall sein dürfte.

Auf der Grundlage, die sich Herr Pfarrer Schowalter setzt, kann keine „Vereinigung aller Richtungen der ganzen Gewerkschaftsbewegung“ zu stande kommen. Vor allem muß dabei die Leidenschaft aus dem Spiele bleiben, die Arbeiter unter Berufung auf „Religion“ kirchlichen Interessen, und unter Berufung auf „Patriotismus“ dem Interesse reaktionärer Parteien und Gewalten dientbar zu machen. Die ganze Kulturrevolution einschließlich der Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung, in der die christlichen Organisationen gegenüber den sozialdemokratischen erheblich zurücklieben sind, lehrt, daß sie sich mehr und mehr verbinden müssen, um mit den sozialdemokratischen Prinzipien und dem Klassenkampf, zu dessen Neuherungen sie gehört.

Schließlich meint Herr Pfarrer Schowalter:

„Wenn es nur den Gewerkschaften darum zu tun ist, unsre Hülfe zu gewinnen, so haben sie den Zeitpunkt selbst in den Hand, wo alle sozial gerichteten Pfarrer mit vereinten Anstrengungen die Gewerkschaftsbewegung stärken helfen. Der Zeitpunkt ist gelommen, sobald es von Seiten der Gewerkschaftsblätter als wenigstens zum guten Ton gehörig angesehen wird, den christlichen Glauben in ihren Spalten nicht anzugehen. Die Redaktion des „Grundstein“ möge sich selbst sagen, ob sie in dieser Hinsicht frei von Schuld ist.“

Es ist uns, sowie der selbständigen Arbeiterorganisation überhaupt, niemals eingefallen, um die Hülfe der Geistlichkeit zu erbauen. Solche Werbung würde absurd sein, denn: sie kann uns gar nicht zu Teil werden. Und dann wieder das alte Lied: unsere Angriiffe auf den „christlichen Glauben“!¹ Hätte Herr Pfarrer Schowalter die Jahre hindurch unser Blatt gelesen, so würde er gefunden haben, daß sich unsere Angriiffe gegen den frivolen und spekulativen Missbrauch, der mit theologischen Dogmen und kirchlichen Interessen wider die Arbeiterbewegung und die selbständige Arbeiterorganisation getrieben wird. Wer von den geistlichen Beratern der christlichen Arbeiter weiß sich von dieser Schuldfrei? Wir lassen den Herrgott nicht auspielen gegen das menschliche Recht! Wir dulden nicht, daß mit theologischen Dogmen der gesunde Menschenverstand erstickt wird! Wir schweigen nicht davor, wenn man dem mit Rot und Glend eingebunden Arbeiter sagt: es ist Gottes Wille, daß Du arm und elend bist; dulde hinieden, „da droben“ wird Dir’s vergolten werden! Wenn alles das „Religion“ ist, so lehnen wir gegen dieses Monstrum übergläubischer Irrung uns auf. Und wer seine Verantwortung lädt, dann uns das. Die vielberufenen Blätter, die religiöse Überzeugung anderer zu achten, kann nicht so verstanden werden, daß man ihr keine andere Überzeugung entgegensetzen darf; sonst hört die Freiheit des Meinungsausdrucks für den einen Teil überhaupt auf. Und vor allem, der Begriff der Toleranz geht nicht so weit, daß man sich den Missbrauch religiöser Überzeugung gegen berechtigte Interessen gefallen lassen möchte. Mit welchem Recht steht man — und zwar selbst dann, wo es sich um wirtschaftliche Fragen handelt — die religiöse Überzeugung über jede andere, obwohl doch gerade sie stets die am meisten streitige Überzeugung gewesen ist? Ist es denn unsere Schuld, haben wir es zu verantworten, daß in die wirtschaftlichen Kämpfe der theologische Gesichtspunkt und das kirchliche Interesse hineingelegt worden sind? Wir sagen den sozialdemokratischen Arbeitern nicht: „Ihr tönen Schaden nehmen an Eurer Überzeugung, wenn Ihr mit christlichen Arbeitern gemeinsam Eure wirtschaftlichen und sozialen Interessen wahrt.“ Aber Geistliche belehren den Kanzel, im Beichtstuhl, in ihren Schriften u. s. w. die christlichen Arbeiter dahin, daß sie sich einer schweren Sünde wider Gott und die Religion“ schuldig machen, wenn sie in einem Kampfbündnis mit den „gottlosen“ Sozialdemokraten eingehen. Und wenn wir gegen solchen Unzug Stellung nehmen, fragt man uns an, daß wir die religiöse Überzeugung mißachten! *

Wir haben uns nun noch kurz mit der „Bauernkraft“ zu beschäftigen. Dieses „christliche“ Arbeiterorgan macht sich der absurden Scherz, uns „Kapital“ vorzuzwerfen. Es folgt aus unserem Artikel Nr. 83, daß uns Neuherungen über die Bauernfrage aus dem Munde eines Pfarrers „etwas Neues“ sind, was unsere „Weltausgeschlossenheit“ beweist! Sich wider Willen selbst torriagend, sagt dann das Blatt:

„Hat denn der selbe „Grundstein“ nicht schon in tausendfachen Variationen das Lied von den klerikalen Verbänden gefungen? Hat er nicht desto mehr über die christlichen Gewerkschaften Deutschlands gewettert, weil — auch der Klerus für dieselben eintritt? Kennt der „Grundstein“ keinen Dr. Gise, Dr. Brauns, Dr. Piper, Dr. Nagel, Dr. Stroeder, Vic. Mumml, Vic. Weber u. s. w. alles Geistliche aus beiden Konfessionen? welche in der bestimmten Weise öffentlich in Wort und Schrift für die Gewerkschaften eintreten, für freie Gewerkschaften?“

Das „christliche“ Blatt gibt also zu, daß wir die klerikalen Sozialpolitiker „sowohl in tausendfachen Variationen“ gebührend gewürdigt haben. Und doch ist es uns „etwas Neues“, daß ein Pfarrer sich über die Gewerkschaftsfrage äußert! Freilich, daß die genannten Männer für wirtschaftliche Gewerkschaften eingetreten sind, haben wir nicht zu entdecken vermocht. Wenn sie es getan hätten, weshalb bestehen die „christlichen“ Gewerkschaften dann noch? Was jene Herren unter „Freiheit“ verstehen, ist die Abhängigkeit von religiösen und sogenann-

